

Wunsch und Wirklichkeit: Über politische Selbstblockaden

Fazit: Die um die Demokratie Besorgten müssen nicht nach äußeren Feinden Ausschau halten, sondern sich der demokratieimmanenten, seit der bürgerlichen Revolution bestehenden Widersprüche bewusst werden und sich insbesondere dessen politisch bemächtigen, was durch diese Widersprüche von der liberalen Seite aus das völkische Denken und den Rassismus stark macht und wie dem von der »progressiven«, egalitären Seite aus ungewollt in die Hände gespielt wird.

Aber mein Ratschlag ist ein Wunschtraum. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich solche Einsicht im woken demokratischen Selbstverständnis einstellt, geht gegen Null. Das liegt nicht zuletzt daran, dass für die egalitäre Weltsicht der Habitus eines gewissen Sendungsbewusstseins zwingend ist. Das rousseauistische Paradigma fordert ja einen moralisch gebotenen Lernprozess auf der Grundlage des Eingeständnisses, dass die Subjekte und mit ihnen die Gesellschaft einem defizitären Zustand von Menschlichkeit unterliegen. Die bisher gesellschaftlich erzwungene Natur des Menschen muss durch eine Konversion von unzulänglicher Empathie durch vernünftige Einsicht in das gesellschaftlich Gebotene in einen Zustand politischer begründeter Tugend transformiert werden. Menschliche Freiheit ist nur durch eine persönliche Anstrengung erreichbar; der kategorische Imperativ formuliert die formale Voraussetzung als Appell. Und es ist eine Sache des persönlichen Engagements, dass alle Menschen das als eine Sache der vernünftigen und brüderlichen Gestaltung von Gesellschaft und Staat angetragen bekommen. Dieses »aktivistische« Selbstverständnis ge-

bietet im Namen der in der bürgerlichen Revolution neu erkämpften Möglichkeiten von Menschlichkeit, jegliche persönliche und politische Ausweitungsmöglichkeit von Gleichheit als Verwirklichung von Freiheit offensiv zu fordern und gewissermaßen im Idealfall mit politischer Strahlkraft zu verkörpern.

Auf dieser Grundlage ist die Vorstellung, dass eine politische Kultur des Verständnisses für die Gegenseite zu so etwas wie einem taktischen Umgang mit den demokratisch durchaus gebotenen Belehrungen und Maßnahmen führen könnte, weltfremd. Eine Einsicht in den eigenen Beitrag zu dem was bekämpft wird – das heißt das Bewusstseins eines selbst mitverschuldeten Dilemmas –, wird kaum herzustellen sein. Nach verlorenen Wahlen rührt sich zwar gelegentlich bei einigen Wortführern zaghafte Selbstkritik in dieser Hinsicht, aber es sind keine institutionellen Kanäle und Mechanismen denkbar, die – gegen die Kraft des egalitären Paradigmas – die geforderte strategische Balance kulturell und politisch umfassend realisierbar machen könnten. Das gilt insbesondere angesichts der beschriebenen Weltlage: der bereits bestehenden Polarisierungen und Verhärtungen nationaler und internationaler Beziehungen, der Übermacht ökonomischer Prozesse, die in die Richtung der Zerstörung von Demokratie weisen, der politiktheoretischen und philosophischen Ahnungslosigkeit der Wortführer aller Kontrahenten, der polarisierenden Standpunktlogik politischer Prozesse überhaupt, der populistischen Ausrichtung von alltagspolitischen Entscheidungen und politischen Prozessen an Wählergunst, der geschickten Verstärkung des demokratischen Dilemmas durch den virulenten völkischen und rassistischen Grundbestand der demokratischen Systeme, der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft und des Verlusts der Steuerbarkeit von Gesellschaft durch Politik – das heißt insgesamt: angesichts der Angriffe von Seiten der Antidemokraten sowie des heterogenen politischen Drucks, der auf der Kommunikationssituation lastet.

Den anderen beiden demokratischen Fraktionen kann eine Einsicht in solche Verstrickungen ohnehin nicht abverlangt werden. Dem Liberalismus fehlt jener strukturelle Impuls der Weltverbesserung, gegen den er sich im Gegenteil vehement wehrt. Daher wäre es nicht nur aus

den oben genannten weltpolitischen Gründen verlorene Liebesmüh, von ihm eine kritische Reflexion auf ein mitverschuldetes Dilemma des demokratischen Systems zu erwarten. Denn sein Programm wirtschaftsinteressengeleiteter Politik wird auch durch die gegebene Situation und Weltlage brauchbar erfüllt; es gibt kein Dilemma, nur gewisse Unannehmlichkeiten – falls man sich überhaupt noch an John Locke oder Shaftesburys Enthusiasmus erinnert. Weltverbesserung könnte allenfalls in die Orientierung an Naturbeherrschung und technischem Fortschritt hineingelesen werden, aber die ist eben sowieso konform mit der Weltentwicklung. Dass der Liberalismus sich dabei ideengeschichtlich, politiktheoretisch und politisch als demokratisches Prinzip selbst abschafft, weil er dem radikalisierten Konservatismus die Tore öffnet, hätte er einzusehen. Aber dagegen stehen eben jene Interessen und das Desinteresse am moralischen Gestus, der den ökonomischen Bindungen des Liberalismus fremd ist; die Haltung von Elon Musk zur Empathie bringt das auf den Punkt. Dass im politischen Alltag von redlichen Liberalen auch »menschlich« geredet und gehandelt sowie etwa für Gleichberechtigung, Pluralismus und Minderheitenschutz eingetreten wird, ist davon nicht berührt.

Der Konservatismus ist auf Weltverbesserung aus wie die Egalitären, aber konträr zum Rousseauismus. Er beklagt die moderne »Gleichmacherei« als Niedergang der Art von Individualität, die in Tradition lebendig ist. Deshalb ist der Impuls auf Weltverbesserung an den Kampf gegen Gleichheit gebunden. Auch das läuft nicht auf einen Widerspruch hinaus, der ein Dilemma für die Demokratie erzeugt, denn im Kampf gegen das egalitäre Prinzip kann Anschluss an den populistisch radikalisierten Republikanismus gesucht und Tradition unter der Schirmherrschaft des Kapitals gepflegt werden. Alles bestens, kein Dilemma in Sicht. Allenfalls diese prekäre Kumpanei mit dem Liberalismus und damit auch der ökonomischen Wirklichkeit der Gleichmacherei könnte Konservative irritieren. Aber das würde voraussetzen, dass es nicht die Perspektive auf eine besondere, nationale Form von technischem Fortschritt und industrieller Produktion gäbe, so dass der technische Fortschritt statt der Gleichmacherei einer besonderen Tradition zur Ehre gereichen kann; das völkische Denken sieht das

vor und der Nationalsozialismus hat es programmatisch vollzogen. Dass also die Möglichkeit völkischer und rassistischer Konsequenzen des Konservatismus in Rechnung gestellt werden muss, wird einfach geleugnet und – paradox – durch »Brandmauern« als blockiert versprochen; das Problem wird durch Bekenntnisse gelöst. Die gelten der demokratischen und der ökonomischen Grundordnung. Denn es gibt das Interesse, weiterhin eine Rolle in der bürgerlichen Demokratie zu übernehmen. Die wird erfolgreich mit den ökonomischen Interessen der Liberalen koordiniert. Die Differenz: Mit kapitalistischem Fortschritt soll möglichst immer auch Tradition erneuert werden. Im redlichen Konservatismus ist natürlich in der Tagespolitik – je nach Fraktionierung deutlicher oder verhaltener, aber sicher ernst gemeint – ein egalitärer Gestus üblich.

Trotz der Diskrepanz zwischen dem jeweiligen politischen Paradigma und den persönlichen egalitären Einstellungen bei den Liberalen und den Konservativen tragen gerade auch diese inkonsistenten Haltungen die Tagesgeschäfte der Demokratie. Die Diskrepanz bricht aber regelmäßig auf, wenn von der egalitären Seite der Bogen überspannt wird, das heißt grüne, sozialreformerische und alternativkulturelle Forderungen – vor allem, wenn sie nicht zur »Wirtschaftslage« passen – als dogmatisch überzogen empfunden werden und damit die Paradigmen in den Vordergrund rücken. Dieses diffuse ideologische Hin und Her ist – vor allem auch durch wechselnde Regierungskoalitionen – der schwer durchschaubare Normalzustand der Demokratien.

So gibt es bei keiner der politischen Richtungen einen Impuls der Reflexion auf ein situatives Dilemma aufgrund des Widerspruchs des demokratischen Naturrechts; es gibt nur ideologische oder interessenbedingte Blindheit und kontraproduktive Aktivitäten auf der ganzen Linie. Die üblichen Talkshow-Appelle an allerlei Verantwortliche, Verständigung durch eine verbesserte Streitkultur herzustellen, verfehlen völlig das Problem. An dem bestehenden Streit lässt sich nichts rationalisieren, solange die Problemlage nicht begriffen und in Angriff genommen ist. Damit schließt sich aber der Kreis: beides schließt sich auf Grund seiner Voraussetzungen selbst aus. Zudem schließt die Logik politischen Handelns, das heißt die Bereitstellung gesellschaftlich

verbindlicher Entscheidungen, die Registrierung, Einbezugnahme und Aufarbeitung von Widersprüchen grundsätzlich aus; karrierepolitisch organisierte Parteiarbeit verstärkt diese Unfähigkeit. Der beschriebene Selbstzerstörungsprozess der Demokratien und die Zerrüttung der Zivilisation wird weitergehen und von den nationalen und internationalen Feinden der Demokratie verstärkt werden. Insofern konnte meine Analyse einerseits nicht anders enden, als im Hinweis auf das, was zu tun wäre. Andererseits folgt aus ihr gleichzeitig, dass der Ausweg obsolet ist. Das Dilemma setzt sich bis in seine rationale Rekonstruktion fort.